

Vor 80 Jahren: Die Konferenz von Potsdam vom 17.7. – 2.8.45

Vertrag oder Absichtserklärung

Friedrich Zempel

Einleitung

Vor 80 Jahren, am 2. August 1945, endete die Potsdamer Konferenz. Sowohl Gegner als auch Befürworter der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze haben sich in der Vergangenheit auf die Konferenz berufen, zu Recht?

Weltpolitische Ausgangslage

Im Ersten Weltkrieg war England noch die unbestrittene Supermacht. Das englische Weltreich hatte eine Fläche von mehr als 33 Millionen km² (ein Viertel des Festlandes) und über 450 Millionen Einwohner (ein Viertel der Weltbevölkerung). Russland verfügte über 22 Millionen km² und 190 Millionen Einwohner, die USA über 9 Millionen km² und über 130 Millionen Einwohner, Deutschland einschließlich Österreichs und des Sudetenlandes 550.000 km² und 80 Millionen Einwohner.

Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte England seine Stellung als Supermacht aus wirtschaftlichen Gründen verloren. Die USA waren noch nicht zur Supermacht aufgestiegen. Trotz des verlorenen Ersten Weltkrieges hatte Deutschland bis zur Machtübernahme der Nazis die innovativste Wirtschaft der Welt. Dies änderte sich erst durch die Rassenpolitik der Nazis und den daraufhin einsetzenden Exodus deutscher Wissenschaftler jüdischer Herkunft.

Lage der Alliierten

Für die Lage der Westalliierten waren einige Schwachpunkte kennzeichnend: England und die USA mussten gleichzeitig gegen Deutschland und Japan kämpfen. Außerdem begannen in den englischen Kolonien Unabhängigkeits-bestrebungen. Der amerikanische Präsident Roosevelt war wie sein Vorbild Wilson Vertreter einer linksliberalen Richtung, der in erster Linie innenpolitische Ziele hatte. Roosevelt war ein kranker Mann. Als Erwachsener hatte er Kinderlähmung bekommen und war normalerweise auf einen Rollstuhl angewiesen. Bei der wichtigen Konferenz von Jalta war er bereits vom Tode gezeichnet. Am 17. April starb er. Sein Stellvertreter, Truman, vertrat die USA in Potsdam. In England hatte Churchill am 5. Juli 1945 die Parlamentswahlen haushoch verloren. Während der Konferenz, die am 17. Juli begann, wurde er durch den neuen Premier Attlee abgelöst. Die UdSSR wurden dagegen von dem erfahrenen und gewieften Stalin vertreten, der bereits in der Vergangenheit die USA über den Tisch gezogen hatte.

Krisenherde außerhalb Europas

Die Bedeutung des Krieges gegen Deutschland war für die Alliierten nicht so groß, wie man in Deutschland meint. Auch außerhalb Europas gab es Krisenherde. Japan versuchte, aus dem gesamten westpazifischen Raum ein neues Weltreich zu bilden. Italien hatte erfolglos versucht, Äthiopien zu erobern. In Indien und anderen britischen Kolonien regten sich Unabhängigkeitsbewegungen. Das Deutsche Reich hatte versucht, außerhalb Europas befreundete Regierungen zu gewinnen (Iran, Südafrika) bzw. durch Umsturz (Irak) an die Macht zu bringen. Aus diesem Grund waren die UdSSR und England im Iran einmarschiert.

Die Beteiligten des Zweiten Weltkrieges

Neben Deutschland und seinen erzwungenen Verbündeten waren Italien, Japan, die fünf Alliierten und fast alle unabhängigen Staaten in den Krieg involviert.

Die politische Ausgangslage in Deutschland bei Beginn der Potsdamer Konferenz

Kurz vor Kriegsende hatten Hitler und sein Reichskanzler Goebbels sich das Leben genommen. Zuvor hatte Hitler Dönitz zu seinem Nachfolger und dieser Lutz von Schwerin-Krosigk zum geschäftsführenden Reichskanzler bestimmt.

Bereits diese Ernennungen waren rechtlich zweifelhaft und tatsächlich bedeutungslos; denn ganz Deutschland war besetzt und die Regierung hatte keinerlei exekutive Möglichkeiten. Daher bestand zu der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Alliierten keine Alternative.

Die Konferenzen der Alliierten

Formal gehörten die USA, England, die UdSSR, Frankreich und China zu den Alliierten. Frankreich und China hatten jedoch entweder nicht mit beraten oder nur eine untergeordnete Rolle. Daher werde ich auf sie nicht näher eingehen.

Die Alliierten hatten sich auf das Kriegsende langfristig vorbereitet. Über die Kriegsführung und die Behandlung der Verlierer des Zweiten Weltkrieges hatten sie rund zwei Dutzend Konferenzen durchgeführt. Bei diesen Konferenzen ging es nicht ausschließlich, aber in erster Linie um Deutschland ohne Österreich. Allerdings wurde nach dem Krieg auch Österreich in vier Besatzungszonen und Wien in vier Sektoren geteilt. Bei der Moskauer Konferenz der Alliierten Ende Oktober 1943 war man sich einig geworden, dass nach dem Krieg Preußen zerschlagen werden sollte. Einen Monat später, Ende November, trafen sich „die Großen Drei“ (Stalin, Roosevelt und Churchill) wieder. Dieses Mal hatten sie Teheran als Konferenzort gewählt; denn das persische Kaiserreich war seit 1941 von der UdSSR und England besetzt. Bei dieser Konferenz forderte Stalin die Westverschiebung Polens. Wesentliche Einwände erhoben die Westalliierten nicht. Strittig blieb eigentlich nur, welche Neiße die polnische Westgrenze werden sollte. Um auszutesten, wie weit er gehen könnte, schlug Stalin vor, bei Kriegsende vorsorglich 50.000 deutsche Offiziere zu erschießen. Bezeichnend ist, dass Roosevelt diese Äußerungen Stalins für einen Witz hielt. Churchill reagierte abweisend und wütend.

Die Konferenz von Potsdam

Man kann darüber streiten, welche Konferenz die wichtigste war. Für Korea hatte Jalta die größte Bedeutung, weil in Jalta nicht nur die Teilung, sondern auch die Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und amerikanischen Zone festgelegt wurde. Für Deutschland hatte die Konferenz von Potsdam die größte Bedeutung. Weltpolitisch gesehen war sie die letzte Konferenz der Regierungschefs vor dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition.

Die politischen Absprachen in Potsdam

Die Deutschland betreffenden politischen Absprachen in Potsdam wurden unter dem Begriff der 4 D zusammengefasst: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung. Für die Vertriebenen waren folgende Passagen des Potsdamer Protokolls von besonderer Bedeutung:

In Abschnitt IX heißt es: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll“.

Bezüglich Nordostpreußen wird in Abschnitt VI ausgeführt: „Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt.... Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, dass sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.“

In Abschnitt XII wird erklärt: „Die drei Regierungen... erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung..., die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“ So der offizielle englische Text.

Interessant ist, dass nur von der Überführung der Deutschen aus Polen gesprochen wird. Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien, wird nicht erwähnt.

Der von den Alliierten veröffentlichte, aber rechtlich nicht verbindliche Text in deutscher Sprache lautet anders. Die Nummerierung wurde geändert. Der zitierte Abschnitt der deutschen Fassung trägt die Ziffer XIII. Der Übersetzung aus dem Englischen wurde der folgende Einleitungssatz vorangestellt: „Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:..“

Nur in diesem rechtlich nicht verbindlichen Einleitungssatz wird von „Abkommen“ gesprochen.

Für die SBZ war Abschnitt IV wichtig. In dieser Passage wird erklärt, die UdSSR könne ihre Reparationsansprüche aus ihrer Besatzungszone befriedigen. Außerdem sollte sie 10 % der industriellen Ausrüstungen, die für die Friedenswirtschaft unnötig waren, aus den Westzonen entnehmen und gegen einen Austausch an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz usw. weitere 15 % der wichtigsten industriellen Ausrüstungen.

Noch heute politisch brisant ist die Polen betreffende Regelung Abschnitt IV 2.

Dort heißt es: „Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.“

Bewertung der politischen Absprachen

Alle Alliierten waren für die Umsetzung der Protokollabsprachen selbst verantwortlich. Der Alliierte Kontrollrat war nicht befugt, Verstöße gegen die Absprachen zu sanktionieren. Die Bedeutung der politischen Absprachen ist in vielen Teilen strittig geblieben. Beispielsweise hatte die UdSSR ganz andere Vorstellungen von einer Demokratie als die Westalliierten.

Bei den politischen Konferenzen zeigte sich keine einheitliche Entwicklungslinie. Stalin ging es zunächst darum, Deutschland als Staat zu zerschlagen und aufzuteilen. Als sich abzeichnete, dass die Rote Armee weite Teile Deutschlands erobern kann, setzte er auf die Einheit Deutschlands, in der Hoffnung, ganz Deutschland in seinen Machtbereich einbeziehen zu können. Die USA hatten ähnliche, aber unkonkrete Vorstellungen. England war zunehmend daran interessiert, Deutschland als Staat zu erhalten, der zwar geschwächt ist, sich aber selbst verwalten und versorgen kann. Keiner der Alliierten hat sich an alle in Potsdam getroffenen Absprachen gehalten.

Der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei in der SBZ verstieß eindeutig gegen das Ziel der Demilitarisierung. Die Bodenreform und die Verstaatlichungen waren nicht mit dem Grundsatz vereinbar, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu bewahren. Entgegen dem Wortlaut des Protokolls wurden von der UdSSR Stettin und ein Teil Vorpommerns an Polen abgetreten.

Auch die Eingliederung des Saarlandes in das französische Wirtschaftsgebiet war ein Verstoß gegen den Wortlaut des Protokolls.

Sogar zwischen den USA und England gab es unterschiedliche Auffassungen, die allerdings weniger gravierend waren.

Der Rechtscharakter der Konferenzergebnisse von Potsdam

Gemeinhin werden die Veröffentlichungen über die Konferenzergebnisse als „Potsdamer Abkommen“ bezeichnet. Dieser Titel erweckt den Eindruck, dass in Potsdam ein für Deutschland verbindlicher Vertrag geschlossen wurde. In der DDR und teilweise von Politikern in Westdeutschland wurden die Konferenzergebnisse wie ein völkerrechtlicher Vertrag behandelt. In der Rechtswissenschaft war die rechtliche Einordnung umstritten. Die Mehrheit der Völkerrechtler ist der Auffassung, dass in Potsdam kein Vertrag geschlossen wurde. Die Konferenzergebnisse wurden in zwei Dokumenten und zwei verbindlichen Konferenzsprachen (Englisch und Russisch) veröffentlicht. Ein Dokument behandelt nur die Deutschland betreffenden Maßnahmen. Es wurde im Amtsblatt der alliierten Kontrollkommission in deutscher Sprache unter dem Titel „Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ veröffentlicht. Das umfassendere, auch andere Staaten betreffende, Dokument trägt die Überschrift „Protocol of the Proceedings“. Übersetzt bedeutet diese Bezeichnung „Konferenzkommuniqué“. Auch die russischen Bezeichnungen können nicht mit „Vertrag“ übersetzt werden. Bereits aus den Bezeichnungen wird deutlich, dass kein Vertrag geschlossen wurde. Die Bezeichnung des Potsdamer Abschlussdokuments als „Potsdamer Abkommen“ ist daher irreführend. Vielmehr sollte man von dem „Potsdamer Protokoll“ und den „Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz“ sprechen.

Im Übrigen gibt es eine Reihe von Argumenten, dass es auch völkerrechtlich gar nicht möglich gewesen wäre, Deutschland durch einen Vertrag zu binden, an dem es nicht beteiligt war, es sei denn, es wäre später diesem Vertrag beigetreten. Dies haben aber weder die DDR noch die Bundesrepublik getan.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Nach übereinstimmender Auffassung der Alliierten und Deutschlands hat sich das Potsdamer Protokoll durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag erledigt.

Schluss

Rudolf Augstein, der Herausgeber des Spiegels, schrieb über die Potsdamer Konferenz:

„Das gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, dass hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt. Truman für die völlig überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon für Hiroshima, und Churchill zumindest als Oberbomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war. Alle drei hatten sogenannte „Bevölkerungsumsiedlungen“ verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wussten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen.“

Persönlicher Nachtrag

Von bestimmten Kreisen einschließlich der Kirchen wurde in Deutschland immer wieder behauptet, die Vertreibung sei eine Strafe für die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen.

Ich halte diese Behauptung nicht nur für rechtlich und politisch falsch, sondern auch für rücksichtslos bis verbrecherisch gegenüber dem polnischen Volk. Stalin und Churchill stimmten mit Roosevelts Duldung der Westverschiebung Polens zu. Dies intendierte auch eine Vertreibung der Polen aus ihren ostpolnischen Heimatgebieten. Wofür sollten sie bestraft werden?